

presse

AG Petitionen
AG Arbeit und Soziales

Union verweigert Praktikanten den erforderlichen Schutz

*Zur heutigen Sitzung des Petitionsausschusses, der sich mit dem Thema Praktikumsverhältnisse befasste, erklären die Sprecherin der Arbeitsgruppe Petitionen **Gabriele Lösekrug-Möller** und die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion **Andrea Nahles**:*

Die CDU lässt Praktikanten weiterhin im Regen stehen. Es ist ein ungewöhnlicher Vorgang, dass das Scheitern der Verhandlungen bereits vor der anstehenden Sitzung im Petitionsausschuss durch die Presse verkündet wurde. Es ist umso unverständlicher, da eine Einigung zwischen dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung erzielt wurde.

Der Petitionsausschuss hatte in dieser Sache zwei Petitionen mit einem hohen Votum an die Bundesregierung überwiesen. Er unterstützt damit das Hauptanliegen, eine gesetzliche Klarstellung von Praktika und die Verhinderung einer missbräuchlichen Nutzung von Praktikantenverhältnissen zu schaffen.

Vorliegende Umfragen und Studien machen deutlich, dass die Rechtslage transparenter gestaltet werden muss. Es ist notwendig, den betroffenen Unternehmen und Praktikanten ihre Pflichten und Rechte zu verdeutlichen und die Rechtsdurchsetzung zu erleichtern. Das Praktikum ist ein zentrales Instrument der beruflichen Orientierung. Ziel der gesetzlichen Regelung ist es, qualitativ gute Praktika zu halten und zu fördern, dabei aber jedem Missbrauch entgegen zu wirken.

Die SPD-Bundestagsfraktion sieht dringenden gesetzlichen Handlungsbedarf. Sie fordert den Stopp von Missbrauch und Ausbeutung junger

Menschen beim Berufseinstieg. Nach jahrelangem Studium und Ausbildung ist die Hürde in das Berufsleben für viele junge Menschen noch lange nicht genommen. Motivierte und leistungsbereite junge Menschen werden zum Beispiel als Praktikant, Volontär, Trainee, Hospitant beschäftigt, scheinbar, um Berufspraxis zu sammeln. In der überwiegenden Zahl sind es aber keine Lernverhältnisse, sondern Arbeitsverhältnisse. Entscheidend ist nicht der Status sondern die Arbeitsleistung.

Die SPD-Bundestagsfraktion ist enttäuscht, dass das Verhandlungsergebnis vom Koalitionspartner offenbar zurückgezogen wurde. Der Handlungsbedarf ist jedoch unumstritten.

Wir setzen daher auf die Vernunft und gehen davon aus, dass die Missverständnisse zum vereinbarten Kompromiss ausgeräumt werden können. Eine gesetzliche Regelung im Interesse der Praktikantinnen und Praktikanten muss zügig in das parlamentarische Verfahren eingebracht werden.